

Neu zugewanderte Schüler*innen

Wie Vorbereitungsklassen zur Chance werden können

Eine Expertise für den Mediendienst Integration

Von Prof. Dr. Juliane Karakayali und Mareike Heller

August 2020

1. Einleitung.....	2
2. Was sind Vorbereitungsklassen?.....	2
3. Berliner Vorbereitungsklassen 2016 – behelfsmäßiges Parallelsystem.....	3
4. Vorbereitungsklassen und integrierte Beschulung: ein gelungenes Match.....	4
5. Nicht alle Probleme sind gelöst.....	6
6. Handlungsbedarf.....	7
7. Covid-19-Pandemie: Zurück zum getrennten Unterricht.....	8

1. Einleitung

2015 richteten viele Schulen eilig Vorbereitungsklassen für neu zugewanderte Schüler*innen ein. Die Klassen haben wir 2016 mit Kolleg*innen in Berlin untersucht. Das Ergebnis: Sie waren behelfsmäßige Parallelstrukturen, die es nicht möglich machten, dass Kinder erfolgreich lernen können. Nun sind einige Jahre vergangen. Und es zeigt sich: inzwischen gibt es vielversprechendere Modelle.

Wie können neu zugewanderte Kinder gut unterrichtet werden? Um diese Frage zu beantworten, haben wir vier Grundschulen in Berlin und Köln untersucht. Diese Schulen unterrichten neu zugewanderte Schüler*innen nicht in separaten Klassen, sondern integrativ. Ein vielversprechendes Modell, wie wir finden. Denn unsere Studie zeigt: Den Schulen ist es gut gelungen, Vorbereitungsklassen und regulären Unterricht zu verzahnen – die Vorbereitungsklassen stellen an diesen Schulen kein Parallelsystem dar. Sogar andere Kinder können von den Klassen profitieren, da mit den Klassen mehr Förderangebote für alle eingeführt werden. Aber es gibt weiterhin Schwierigkeiten: Unter anderem fehlen inhaltliche Vorgaben, an denen sich die Lehrer*innen orientieren können und finanzielle Ressourcen. Zudem zeigte sich in der COVID-19-Pandemie, dass die neuen Strukturen schnell an ihre Grenzen kommen, wenn sie unter Druck geraten. Denn die Schulen mussten aus Personalmangel und wegen der Infektionsgefahr den gemeinsamen Unterricht aufgeben, die neu zugewanderten Kinder werden wieder getrennt von anderen Schüler*innen unterrichtet. Die guten Ansätze sind in Gefahr, es besteht also politischer Handlungsbedarf.

2. Was sind Vorbereitungsklassen?

In Vorbereitungsklassen erhalten neu zugewanderte Schüler*innen ohne Deutschkenntnisse für eine begrenzte Zeit von maximal zwei Jahren intensiven Deutschunterricht. Es gibt die Klassen an allen Schulformen und in allen Bundesländern mit unterschiedlichen Namen: unter anderem Vorbereitungsklassen, Sprachfördergruppen, Förderkurse oder, in Anlehnung an die „Willkommenskultur“ von 2015, „Willkommensklassen“. Im Weiteren sprechen wir von „Vorbereitungsklassen“, um sie von anderem Förderunterricht zu unterscheiden. Auch entspricht dieser Begriff dem eigentlichen Ziel der Klassen, nämlich die Schüler*innen auf den Regelunterricht vorzubereiten.

In den Bundesländern bestehen unterschiedliche und meist nur wenige Vorgaben für die Vorbereitungsklassen. In Berlin etwa gibt es nur einen Leitfaden.¹ Meist bleibt den Schulen selbst ein großer Gestaltungsspielraum. Dabei reicht das Spektrum von getrenntem Unterricht, bei dem die Kinder ausschließlich in ihrem Vorbereitungs-Klassenverband verbleiben, über integrative

¹ Der „Leitfaden zur Integration neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher in die Kindertagesförderung und die Schule“ besagt, dass die Klassen nicht mehr als 12 Schüler*innen umfassen sollen, pro Klasse eine Lehrkraft zur Verfügung steht und dass Schüler*innen ein Jahr in den Klassen sein sollen, maximal dürfen 24 Monate nicht überschritten werden.

Modelle, bei denen die Schüler*innen teilweise am Regelunterricht teilnehmen, bis hin zu Modellen, bei denen die Kinder vollständig die Regelklassen besuchen und dort zusätzliche Förderung erhalten.

Geschichte der Vorbereitungsklassen: Separierten Unterricht für Schüler*innen mit Migrationshintergrund gibt es seit der schulrechtlichen Gleichstellung von Kindern und Jugendlichen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft in den 1970er-Jahren. Zunächst ermöglichten die Bundesländer getrennte Vorbereitungsklassen unabhängig davon einzurichten, wie gut die Schüler*innen Deutsch sprachen. Seit den 1990er Jahren ist nicht mehr die Staatsangehörigkeit, sondern sind die Deutschkenntnisse ausschlaggebend dafür, wie Schüler*innen unterrichtet werden. Die Vorbereitungsklassen verstetigten sich an vielen Schulen zu einer parallelen Beschulung. In Berlin wurden diese „Ausländerregelklassen“ in den 1990er-Jahren formal abgeschafft. In NRW bestanden weiterhin Vorbereitungsklassen in unterschiedlichen Formen. In Berlin wurden 2011 auf Grund der steigenden Zahl einwandernder schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher wieder „Lerngruppen für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler“ eingeführt, die von den anderen Schüler*innen getrennt sind. 2016 erreichten die Klassen in Berlin einen Höchststand von fast 12.000, in Nordrhein-Westfalen von über 85.000 Schüler*innen. Im Schuljahr 2019/20 bestehen in Berlin weiterhin 527 Klassen mit 6.135 Schüler*innen. In Nordrhein-Westfalen waren es 81.162 Schüler*innen.²

3. Berliner Vorbereitungsklassen 2016 – behelfsmäßiges Parallelsystem

In einer Studie³ untersuchten wir 2016 mit Kolleg*innen, wie die Klassen in Berlin ausgestaltet wurden. Sie zeigte: Vorbereitungsklassen stellten ein Parallelsystem dar. In der Regel waren die neu zugewanderten Kinder getrennt von anderen Schüler*innen. Die Teilnahme an Schulfesten oder gemeinsamer Unterricht in Fächern wie Sport waren Ausnahmen, die die Regel bestätigten. Die Klassen waren 2015 ein Behelf, um viele neu hinzukommende Kinder ohne Deutschkenntnisse zu unterrichten. Sie ermöglichten den Kindern nicht, am Regelbetrieb der Schulen teilzunehmen. Zentrale Probleme waren:

- Die Lehrkräfte in den Vorbereitungsklassen waren größtenteils neu eingestellt und nicht Teil des Kollegiums, häufig Quereinsteiger*innen mit wenig Praxiserfahrung. Sie waren nicht oder nur in Ansätzen für den Unterricht mit Kindern und Jugendlichen ausgebildet. Gleichzeitig mussten die Lehrkräfte – aufgrund fehlender Vorgaben – alle Abläufe organisieren und über die Unterrichtsinhalte entscheiden. Verließ eine Lehrkraft die Schule oder erkrankte für längere Zeit, so wurde häufig mit der nachfolgenden Lehrkraft ein neues System etabliert.

² Stichtag für NRW ist der 15.10. 2016 und 15.10.2019; für Berlin der 01.09. 2016 und 01.09.2019.

³ Die vollständige Studie findet sich unter https://www.bim.hu-berlin.de/media/Beschulung_Bericht_final_10052017.pdf. Die Ergebnisse wurden auch für eine Expertise des Mediendienstes zusammengefasst: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Willkommensklassen.pdf. Von den damals 1.056 Klassen wurden 18 Willkommensklassen an 13 Grundschulen in 8 Bezirken Berlins untersucht.

- Da kein Curriculum existierte – und auch bis heute nicht existiert – variierten die Lehrinhalte von Schule zu Schule und selbst von Klasse zu Klasse an einer Schule. Es wurde fast ausschließlich Deutsch unterrichtet. Unterricht in Fächern wie Mathematik, Englisch oder Sachunterricht fanden nur sporadisch statt und waren dann nicht an die Inhalte der Regelklassen angepasst. Da keine verpflichtenden Lernziele existierten, orientierten die Lehrkräfte ihre Unterrichtsplanung zum Teil an stereotypisierende Annahmen über eine kulturelle Andersartigkeit der Schüler*innen und priorisierten das Erlernen von Verhaltensregeln vor der Wissensvermittlung.
- Selten wurden die Fortschritte der Kinder regelmäßig dokumentiert. Es gab keine verbindlichen Kriterien oder gar Diagnosematerialien, anhand derer die Schulen entscheiden konnten, wann Kinder in eine Regelklasse wechseln könnten. Zum Teil blieben die Kinder einfach in den Vorbereitungsklassen, weil keine Regelschulplätze zur Verfügung standen.

4. Vorbereitungsklassen und integrierte Beschulung: ein gelungenes Match

Gibt es bessere Möglichkeiten, Vorbereitungsklassen zu gestalten? Das haben wir in einer neuen Studie untersucht. Wir haben dafür explizit Grundschulen untersucht, die integriert beschulen. Das heißt, dass die neu zugewanderten Kinder teilweise oder ganz eine Regelklasse besuchen. Dafür haben wir jeweils an zwei Schulen in Berlin und Nordrhein-Westfalen Lehrer*innen und Schulleiter*innen interviewt. Denn wir wollten sehen, wie sich diese Beschulung von separierten Modellen unterscheidet.⁴

Zwischen Separation und Inklusion

In NRW ist es den Schulen freigestellt, ob sie neu zugewanderte Schüler*innen entweder in der Regelklasse, in Teilintegration oder in separierten Klassen unterrichten.⁵ Vorgeschrieben ist einzig eine Mindestanzahl von zehn bis zwölf Stunden Deutschförderung pro Woche. In Berlin sieht der „Leitfaden“ hingegen noch immer die separierte Beschulung als einzig explizierte Option vor.⁶ Eine Teilnahme in anderen Fächern ist nicht verpflichtend und der Einschätzung der Lehrkraft überlassen. Wie viele Schulen sich in Berlin und Köln für eine integrative Beschulung entscheiden, wird in der Schulstatistik nicht angegeben und konnte nicht erhoben werden. Einen Lehrplan gibt es in beiden Bundesländern nicht.⁷

Unsere Untersuchung zeigt: Die unterschiedlichen Vorgaben der beiden Bundesländer haben keinen Effekt darauf, wie Schulen die integrierten Vorbereitungsklassen organisieren⁸. Wenn sich

⁴ Das Projekt „Die Beschulung neuzugewandelter Schüler*innen als Chance für die interkulturelle Öffnung des Regelschulbetriebs“ (Laufzeit 1.7.2019-31.9.2020) wird von der Stiftung Mercator gefördert und in seinem Rahmen wurden Interviews mit Lehrkräften und Schulleitungen an vier Schulen in Berlin und Nordrhein-Westfalen geführt.

⁵ Aktueller Erlass „Unterricht für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler“ (BASS 13-63) des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 2016.

⁶ „Die Willkommensklassen werden parallel zu Regelklassen geführt“ in Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (2018): „Leitfaden zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in die Kindertagesförderung und die Schule“, S. 14.

⁷ Für Berlin wurde ein Curriculum für Vorbereitungsklassen 2019 angekündigt, bis heute aber nicht umgesetzt.

⁸ Vgl. Massumi und Nora von Dewitz (2015): Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im deutschen Schulsystem. Köln: Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache; Zentrum für LehrerInnenbildung.

Schulen für ein integratives Modell entscheiden, werden sie in NRW nicht explizit von den Behörden unterstützt und in Berlin nicht explizit daran gehindert – das berichten uns die Schulleitungen.

Gemein ist allen Schulen unserer Studie, dass sie die neu zugewanderten Schüler*innen – je nach Alter und Wissensstand – einer Regelklasse zuweisen. Zusätzlich finden Deutschförderstunden während der regulären Unterrichtszeiten statt. Die Schulen organisieren die Deutschförderstunden unterschiedlich: einige Schulen bilden Gruppen mit wenigen Schüler*innen, die möglichst auf dem gleichen Kenntnisstand sind. Andere Schulen bieten zu festen Stunden am Tag den Deutschunterricht in der Vorbereitungsklasse an, in der dann Schüler*innen mit unterschiedlichem Wissenstand binnendifferenziert unterrichtet werden.

Gute Verzahnung von Vorbereitungsklassen und Regelschulunterricht

Den Schulen unserer Studie ist es gelungen, die Vorbereitungsklassen und den Regelschulbetrieb eng zu verzahnen – ein Parallelsystem stellen die Vorbereitungsklassen an keiner der Schulen dar. Die Vorbereitungsklassen haben sogar positive Effekte für andere Schüler*innen.

Dadurch, dass sie am regulären Unterricht teilnehmen, sind die neu zugewanderten Schüler*innen vom ersten Tag an Teil des gemeinsamen Schulalltags. Sie können von und mit ihren Mitschüler*innen lernen: Die alltägliche Interaktion verbessert ihre Sprachkenntnisse, und Nebensitzer*innen können im Unterricht erklären und helfen. Im Fachunterricht können sie andere Fähigkeiten und Interessen zeigen und werden nicht allein über ihr Deutschdefizit wahrgenommen. Gleichzeitig gestaltet sich der Schulalltag für sie abwechslungsreicher und sie werden früh an Terminologien anderer Fächer herangeführt.

Von den Vorbereitungsklassen können auch andere Schüler*innen profitieren: So werden Schüler*innen mit geringen Deutschkenntnissen aus der Regelklasse stundenweise in die Vorbereitungsklasse geschickt. Ist die Vorbereitungsklasse zu bestimmten Stunden in der Woche nicht voll besetzt, weil beispielsweise ein Teil der neu zugewanderten Kinder am Sportunterricht teilnimmt, werden in diesen Stunden andere Schüler*innen unterrichtet, die Förderbedarf, aber keinen Förderstatus haben. Begleiten die Lehrkräfte der Vorbereitungsklassen neu zugewanderte Schüler*innen im Regelunterricht, was an einigen Schulen regelmäßig geschieht, so profitieren davon auch andere Kinder, indem die Lehrkräfte auch diesen helfend zur Seite stehen. Umgekehrt profitierten neu zugewanderte Schüler*innen von den schon etablierten Förderstrukturen des Regelschulbetriebs: Wenn an der Schule zeitweise im Team unterrichtet wird, beispielsweise an Inklusionsschulen, lernen neu zugewanderte Kinder gemeinsam mit Kindern mit Förderbedarf in Kleingruppen, und profitieren von Erklärungen.

Die Lehrkräfte der Vorbereitungsklassen sind in den meisten Fällen in engem Kontakt mit dem Kollegium, meistens waren sie bereits vorher im Grundschulbereich tätig und verfügen über breitere Kenntnisse der DaZ/DaF-Pädagogik, als dies in der ersten Studie der Fall war. Lehrer*innen der Vorbereitungsklassen arbeiten kaum mehr mit improvisierten Materialien. Stattdessen setzen sie Lehrbuchreihen für Schüler*innen mit Deutsch als Zweitsprache ein, die auch Materialien für den gemeinsamen Fachunterricht anbieten. Ist an Schulen eine durchgehende Deutschförderung schon länger etabliert, nehmen die Lehrer*innen die Teilnahme der neu zugewanderten Kinder am

Regelunterricht kaum als Herausforderung wahr. Eine Schulung aller Lehrkräfte in der DaZ-Didaktik und im Unterrichten in mehrsprachigen Klassen (Demek) haben wir allerdings nicht festgestellt.⁹

5. Nicht alle Probleme sind gelöst

In der Gesamtschau wird deutlich, dass den Schulen eine enge Verzahnung von Regelschulbetrieb und Vorbereitungsklassen gelungen ist und sie somit Parallelstrukturen verhindert haben. Sie versuchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine bestmögliche Förderung der neu zugewanderten Schüler*innen sicherzustellen. Die Verzahnung wirkt sich dabei positiv auf die Schule als Ganzes aus. Die Schulen stoßen aber in mehreren Bereichen an ihre Grenzen:

Fehlende Ressourcen und Konzepte

Schulen sind oft gezwungen, die ohnehin schon zu geringen personellen Ressourcen aufzuteilen. Sie greifen dann oft zu kreativen Lösungen. Aber eigentlich fehlen die Mittel, etwa wenn die neu zugewanderten Kinder nicht mehr die Vorbereitungsklassen, sondern den regulären Unterricht besuchen, aber weiterhin Deutschförderung brauchen. Hier fehlen Ressourcen, um diesen Übergang zu gestalten. Alleine Nachteilsausgleiche, wie Aussetzung von Sprachnoten im Zeugnis und verlängerte Bearbeitungszeiten bei Prüfungen, sollen das abfedern. Hier sind verbindliche personelle Ressourcen für die Anschlussförderung und verpflichtende Leitlinien auf Landesebene dringend benötigt, um solche Konzepte abzusichern.

In Folge dieses Ressourcenmangels beantragten einige der interviewten Lehrkräfte für einzelne Schüler*innen eine Sonderförderung, damit sie nach dem Übergang in die Regelklasse weiter unterstützt werden. Dies ist eine durchaus kontroverse Praxis, denn Schüler*innen mit nichtdeutscher Herkunftssprache werden oft überproportional an Sonderschulen verwiesen. Dieser Status kann langfristig negative Folgen auf die Bildungschancen der Schüler*innen haben. An einigen Schulen wurde die Bildungskarriere der Schüler*innen verzögert, indem sie in eine niedrigere Klassenstufe eingeschult werden, da in der höheren Klasse die Fördermöglichkeiten fehlten.

Leider bleibt auch die räumliche Ausstattung der Vorbereitungsklassen prekär: In mehreren Schulen sind die Klassen Leidtragende des Platzmangels und müssen sich mit Räumen begnügen, die klein sind, am Rand der Schulgebäude liegen, zusätzlich als Abstellraum für andere Lehrmaterialien oder kaputte Möbel dienen oder wegen Mehrfachnutzung nicht nach den eigenen Bedürfnissen eingerichtet werden können.

Fehlende Vorgaben

Bei Lehrkräften der Vorbereitungsklassen führen die Probleme zu Frustration und Erschöpfung. Ihr Anspruch, den Kindern „eine gute Zukunft“ zu ermöglichen, steht einem Regelsystem gegenüber, welches nicht auf die Schüler*innen vorbereitet ist. Ein Problem dabei sind die fehlenden Vorgaben

⁹ Feststellbar ist auch, dass im gemeinsamen Schulalltag die Herkunftssprachen der Schüler*innen nur punktuell miteinbezogen werden: Es wird bei einer Versammlung ein Gedicht vorgetragen, oder Begrüßungen mehrsprachig geübt.

dazu, welche Ziele die Vorbereitungsklassen haben, an denen sich die Lehrer*innen orientieren können.

Noch immer gibt es keine verbindlichen Vorgaben dafür, welche sprachlichen Grundlagen die Kinder in den Vorbereitungsklassen lernen sollen. Manche Lehrkräfte setzen auf mündliche Alltagskommunikation, andere auf Fachvokabular. Einheitliche Inhalte würden nicht nur die Qualität des Unterrichts erhöhen, sondern auch die Abläufe an den Schulen vereinfachen. Alle Schulen haben uns berichtet, dass es unter den Lehrkräften der Vorbereitungsklassen eine hohe Fluktuation gibt. Ein Standardlehrwerk würde neuen Lehrkräften einen Einstieg erleichtern. Auch müssen die Schüler*innen häufig umziehen, und sich jedes Mal mit neuen Materialien vertraut machen. Ein einheitliches Curriculum würde diese Probleme beseitigen.

6. Handlungsbedarf

Die Praxisbeispiele zeigen positive Ansätze, wie neu zugewanderte Kinder unterrichtet werden können. Sie müssen von der Bildungspolitik flankiert und mit mehr Ressourcen ausgestattet werden. Sonst werden sie – wenn sie wie in der Corona-Pandemie unter Druck geraten – schnell wieder aufgegeben. Das kann sich negativ auf die Bildungskarrieren der neu zugewanderten Schüler*innen auswirken.

Hieraus leiten wir folgende Forderungen an die Bildungspolitik ab:

1. Die integrativen Konzepte für die Vorbereitungsklassen, die wir vorgestellt haben, können als Modelle für andere Schulen dienen. Die Bildungspolitik sollte die Konzepte als Vorbild nehmen und daraus politische Vorgaben entwickeln.
2. Für die Vorbereitungsklassen braucht es ein einheitliches Curriculum und verbindliche Lehrmaterialien. Reibungsverluste auf Grund der Fluktuation von Lehrkräften und Schüler*innen würden damit verringert. Wichtig wären auch Vorgaben dazu, in welchem Umfang neu zugewanderte Schüler*innen Deutschkenntnisse erworben haben müssen, um am Regelunterricht teilnehmen zu können. Dafür braucht es realistische Ziele anstatt der vagen Vorgabe, die Kinder sollten eben einfach Deutsch lernen. DaZ / DemeK¹⁰-Materialien müssen im Regelunterricht aller Klassenstufen verankert werden, ebenso wie der Einbezug der Herkunftssprachen.
3. Schulen brauchen generell mehr Ressourcen für Deutschförderung. Denn derzeit geraten sie in die Zwangslage, die jetzt schon nicht ausreichenden Fördermöglichkeiten verteilen zu müssen. Für die neu zugewanderten Schüler*innen sollte eine bedarfsorientierte Anschlussförderung in Form zusätzlicher Deutschförderstunden sichergestellt werden. Ein reiner Nachteilsausgleich, wie beispielsweise die vorübergehende Aussetzung der Deutschnoten im Abschlusszeugnis, lässt die Schüler*innen alleine und ist nicht ausreichend.

7. Covid-19-Pandemie: Zurück zum getrennten Unterricht

In Folge der Covid-19-Pandemie wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass gerade Schüler*innen in prekären Lebenslagen stärker von den negativen Folgen des Homeschoolings betroffen sind. Wir haben im Juni die Lehrkräfte der Vorbereitungsklassen deshalb befragt, wie der Unterricht für die neu zugewanderten Schüler*innen während der Schulschließungen und dem nun beschränkten Schulbetrieb funktioniert. Eindeutiges Ergebnis war, dass diese Zeit für Schüler*innen mit geringen Deutschkenntnissen eine besondere Herausforderung war. Seitdem der Schulbetrieb wieder aufgenommen wurde, werden die meisten Kinder wieder getrennt von anderen Schüler*innen unterrichtet und die integrativen Modelle vorerst aufgegeben.

Um die Beschulung während des Lockdowns aufrechtzuerhalten, haben Lehrer*innen den Kindern die Materialien entweder postalisch geschickt oder persönlich überreicht. Digitale Materialien kamen nur selten zum Einsatz, denn meistens hatten nicht alle Kinder einer Klasse Zugang zu digitalen Endgeräten. Um weiterhin mit den Kindern in Kontakt zu bleiben, Inhalte zu erklären und Feedback zu geben, haben die Lehrer*innen viel mit ihnen telefoniert. Als größte Herausforderung nannten die Lehrkräfte, dass gerade bei Kindern mit geringen Deutschkenntnissen die Eltern sie kaum unterstützen können und diese die schriftlichen Materialien ohne mündliche Erklärungen nur eingeschränkt verstehen. Teilweise haben die Lehrkräfte in dieser Zeit den Kontakt zu den Eltern und anderen Unterstützungsnetzwerken im Umfeld der Kinder vertieft. Die Kinder waren im Homeschooling weiterhin in die Regelklassen eingebunden

Als Schulen in Berlin wieder geöffnet haben, wurden die neu zugewanderten Schüler*innen prioritär behandelt. Allerdings haben sowohl NRW als auch Berlin nach der Wiederaufnahme des Schulbetriebs die integrierte Form der Beschulung aufgelöst. In einem Fall wurde etwa die Sprachförderung gänzlich aufgegeben, in einem anderen Fall wurden nur die Erstklässler*innen in die Regelklasse integriert. In allen anderen Fällen werden die Kinder nun parallel in Kleingruppen unterrichtet, da die Regeln des Infektionsschutzes feste Kleingruppen vorsehen. Zusätzlich ist es für Schulen wegen Personalmangel schwer, das integrative System aufrechtzuerhalten, wenn die zuständigen Lehrkräfte in den verkleinerten Regelklassen unterrichten müssen. Folglich ist die integrative Beschulung nun aus rein organisatorischen Gründen an ihre Grenzen geraten. Angesichts der positiven Effekte integrativer Beschulung sollten Konzepte entwickelt werden, wie im neuen Schuljahr trotz der Kontaktbeschränkungen neu zugewanderte Schüler*innen weiterhin integrativ unterrichtet werden können.

Autorinnen:

Prof. Dr. Juliane Karakayali ist Professorin für Soziologie an der Evangelischen Hochschule Berlin. Sie forscht und lehrt zu den Themen Rassismus, Migration und Bildung. Zuletzt gab sie den Sammelband „Unterscheiden und Trennen. Die Herstellung von natio-ethno-kultureller Differenz und Segregation in der Schule“ heraus.

Mareike Heller ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Evangelischen Hochschule Berlin im Projekt „Die Beschulung neuzugewanderter Schüler*innen als Chance für die interkulturelle Öffnung des Regelschulbetriebs“.

Offenlegung: Das Forschungsprojekt „Die Beschulung neuzugewanderter Schüler*innen als Chance für die interkulturelle Öffnung des Regelschulbetriebs“ wird von der Stiftung Mercator gefördert. Die Stiftung gehört zu den Förderern des MEDIENDIENSTES.